

## EINLEITUNG

Die in diesem Sammelband enthaltenen Aufsätze wurden anlässlich einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung über "*Gesellschaften im internationalen Konkurrenzkampf: Pluralismus als Belastung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit!*" verfaßt, an dem die Autoren und weitere Experten teilnahmen. Die Veranstalter waren bei der Konzeption des Gespräches und bei der Formulierung seines Themas von einer naiven soziologischen Frage ausgegangen, die sie als weltwirtschaftlich orientierte Forscher besonders bewegte: Welches sind die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen internationaler Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolgs auf dem Weltmarkt unter den Bedingungen von Krise und verschärfter Konkurrenz?

Die Diskussion in den Industrieländern im Anschluß an die zweite Ölpreiserhöhung schien nahezuzeigen, daß der erfolgreiche Anpasser Japan diesen seinen Erfolg vor allem einem korporatistischen Management von Wirtschaft und Gesellschaft zu verdanken habe, während die Schwächeren und Nachzügler - unter denen die Bundesrepublik Deutschland sicher noch der glücklichste ist - durch eine von Gruppenegoismen, staatliche Handlungsunfähigkeit und gesellschaftliche "Charaktermängel" geprägte Sozialstruktur benachteiligt seien. "Pluralismus" sollte all diese Klötze am Bein der Wirtschaft schlagwortartig benennen.

Die vorgelegten Papiere der Experten sowie ihre sonstigen Beiträge ergaben jedoch ein sehr viel komplexeres Bild. Der erste - teils terminologische - Streit der Teilnehmer betraf die Charakterisierung insbesondere der bundesdeutschen Gesellschaft als pluralistisch. Zwar blieb unbestritten, daß es sich um ein demokratisches, durch autonome gesellschaftliche Gruppen geprägtes System handelt, aber das Ausmaß und die Qualität an Zusammenarbeit zwischen den Verbänden untereinander und mit dem Staat wurde sehr unterschiedlich gesehen.

So diagnostiziert etwa *Esser* "Korporatismus", der sich in einem gemeinsamen Krisenmanagement von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften ausdrückt, das Produktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen herstellt. Ähnlich sieht auch *Streeck* das deutsche System der industriellen Beziehungen. Bezeichnenderweise interpretieren dagegen die gewerkschaftsnahen Vertreter des WSI und der Hans-Böckler-Stiftung,  *Helfert* und *Kohl*, die Lage anders. Sie sehen die Arbeitnehmervertretung in einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwelt tätig, die strukturell vom Kapitalinteresse dominiert wird. Die Interessen der Beschäftigten können nur teilweise, mühsam und meist auf dem Wege von Kompromissen durchgesetzt werden. Diese Kompromisse sind dann aber kein Zeichen korporativer Zusammenarbeit, sondern der strukturellen Schwäche der Gewerkschaften. Auch *Lehner* betont stärker die Autonomie der Verbände-Interessen und -Politik. Ohnehin mit Blick auf die Interaktion von Staat und Wirtschaft sieht er eine korporative Zusammenarbeit zwischen Staatsteilen und Teilen der - ansonsten pluralistischen - Gesellschaft, die den Staat als Ganzes in seiner Handlungsfähigkeit beschränkt. *Offe* vermutet sogar ein konjunkturabhängiges Wechselspiel von mehr korporatistischen und mehr pluralistischen Phasen, je nach dem ökonomischen Spielraum, der für ein konsensuales Management zur Verfügung steht.

Jenseits dieser Debatte stellt sich erneut die Frage, wie das reale Verhalten der gesellschaftlichen Gruppen und Akteure auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und insbesondere die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der ganzen Volkswirtschaft wirkt. Darüber hinaus bleibt zu beantworten, welche Rückwirkungen der Zwang zur weltwirtschaftlichen Anpassung auf die Gesellschaft hat, zumal unter den Bedingungen verschärfter internationaler Konkurrenz. Im folgenden soll die Position der einzelnen Autoren zusammengefaßt werden.

*Esser* sieht ein korporatives Anpassungsmanagement als ein wesentliches Element der deutschen Exportstärke und Wett-

bewerbsfähigkeit. Unter den Bedingungen verschärfter Weltmarktkonkurrenz befürchtet er jedoch eine Zuspitzung sozialer und politischer Probleme und Konflikte im Gefolge dieser Politik. Da sie - auch in Zeiten günstiger Konjunktur - zu Lasten von "Randgruppen" gehe, die aus dem Beschäftigungssystem ausgeschlossen werden, verstärke sich in der Rezession die Tendenz zur Gesellschaftsspaltung. Diese Spaltung berge dann die Gefahr zunehmender autoritärer Varianten des Anpassungsmanagements in sich, die langfristig die demokratische Gesellschaft als ganze und insbesondere gewerkschaftliche Positionen gefährden könne.

Ähnliche Gefahren sehen *Hübner/Stanger*, wenn die Krise es nicht mehr zuläßt, Beschäftigung und Löhne in den wettbewerbsfähigen Kernsektoren zu erhalten und gleichzeitig den abgespaltenen Gesellschaftsrest sozialpolitisch abzusichern. In dem Maße, wie daraufhin die Spaltungstendenzen auf die Kernsektoren übergreifen, stehen die Gewerkschaften selbst vor innerorganisatorischen Konflikten, die ihre Funktionsfähigkeit infrage stellen.

Weniger durch Probleme in den eigenen Reihen als durch ein Aussteigen der Arbeitgeber aus dem korporativen Krisenmanagement sieht *Streeck* die Gewerkschaften gefährdet. Reagan und Thatcher demonstrieren die Lösung der Anpassungsprobleme ohne bzw. gegen die Gewerkschaften, und zwar zu geringeren Kosten für die Unternehmen als im Rahmen der bis dato konfliktärmeren korporatistischen Verfahren. Da die Rezession die Marktmacht der Arbeitgeber stärkt, sind es nun die Gewerkschaften, die auf den Schutz jener tarifvertraglichen und gesetzlichen Regelungen angewiesen sind, die in besseren Zeiten etabliert wurden. Für die Unternehmen stellen sie ökonomisch suboptimale Anpassungshemmnisse dar, vor allem, wenn die Konkurrenten in USA oder Großbritannien ohne Rücksicht auf die Belegschaften modernisieren und/oder Krisenlasten verteilen können.

Aus der Sicht der Gewerkschaften (*Kohl*, *Helfert*) stellt sich diese Strategie der Unternehmen als Unfähigkeit oder

Unwillen zu einer am Gemeinwohl orientierten und demokratischen Geschäftspolitik dar. Hier könne u.a. eine verstärkte Mitbestimmung Abhilfe schaffen. Denn während die Gewerkschaften aus ihrer geschichtlichen, ideologischen und organisationsstrukturellen Tradition heraus den partnerschaftlichen und solidarischen Gedanken (und die entsprechende Praxis) pflegten, seien die Arbeitgeber ständig von einem Rückfall ins autoritär-hierarchische und konkurrenzbezogene Denken bedroht. Weitgehend offen bleibt allerdings die harte wirtschaftliche Frage, wer den Preis einer arbeiterfreundlicheren Wirtschaftspolitik zahlen soll, wenn man nicht in optimistischer Weise annimmt, daß Partnerschaft im Inneren Wettbewerbsfähigkeit nach außen per se garantiere. Zwar verweisen sowohl *Kohl* als auch *Helfert* auf die Kosten eventueller Konfliktstrategien der Arbeitgeber für Umwelt, soziale Stabilität und Nachfrage, aber es fehlt eine Abwägung, ob diese Kosten letztlich höher sind als die Gewinne einer Konfliktstrategie und wie eine Alternative außenwirtschaftlich abgesichert werden soll. Das Rationale der gewerkschaftsfreundlichen Position bleibt daher im wesentlichen moralisch.

Die Durchsetzung einer solidarischen Verteilung der "Stagnationsrisiken" (*Helfert*) muß deshalb durch eine starke Gewerkschaftsposition (Mitbestimmung) und staatliche Eingriffe gesichert werden. Gerade die Fähigkeit des Staates, die Wirtschaft in neues Wachstum zu steuern, ist aber einer der umstrittenen Kernpunkte des Anpassungsmanagements, mit dem sich besonders *Lehner* befaßt. Er sieht die Anpassungsprobleme weniger im Verhältnis von Gewerkschaft und Unternehmen, als im Verhältnis von Staat und Wirtschaft, das in der Bundesrepublik Deutschland durch eine Zersplitterung der politischen Steuerungsinstanzen gekennzeichnet ist. Einzelne Institutionen und Politiken sind so mit einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und Interessen verflochten, daß ihre Gesamtheit zunehmend an Effizienz und Anreizfähigkeit verloren hat. *Lehner* fordert daher eine verstärkte Koordination und Planung, einen "stärkeren Staat", der aber auch Raum zur

Entfaltung von Selbstregulierungskräften läßt, die sonst dank politischer Protektion unmobilisiert bleiben.

*Offe* hält eine wachstumsfördernde neue Struktur der Kooperation von Staat und Wirtschaft für nahezu ausgeschlossen. Während die Wirtschaft einerseits vom Wohlfahrtsstaat gerade unter dem Druck der internationalen Konkurrenz zu sehr belastet wird, produziert sie andererseits das "Marktversagen", das den Staat auf den Plan ruft. Ein wachsender Konflikt zwischen den am Staat orientierten, durch Transfers und öffentliche Güter versorgten und den am Markt orientierten gesellschaftlichen Gruppen scheint dann unvermeidbar.

Versucht man, die unterschiedlichen Aspekte zusammenzufassen, so scheint sich eine Linie zumindest abzuzeichnen: wettbewerbsfähiges Wachstum ist nur mittels einer Umstrukturierung sozialer Kosten und Lasten zu erreichen. Selbst wenn diese Umstrukturierung durch die klassische "Produktivitätskoalition" von Beschäftigten und Unternehmen noch verkraftet wird, so wird sie doch für die Gesamtgesellschaft zur Belastung. Die Autoren dieses Bandes sehen die gefährlichen Folgen zum einen im ökologischen Bereich, zum anderen und am stärksten jedoch auf sozialem, politischem und moralischem Feld. Sie vermuten eine Beschleunigung des Randgruppenwachstums, des Wertewandels und die Auflösung des demokratischen Basiskonsenses. All dies hätte schwerwiegende Konsequenzen für Regierungsfähigkeit und für die politische und damit letztlich auch für die wirtschaftliche Stabilität der Bundesrepublik Deutschland.

So stehen Staat und Gesellschaft vor dem Dilemma, kurzfristige Fortschritte im Rahmen einer exportorientierten Umstrukturierung nur um den Preis langfristiger Destabilisierung erzielen zu können.

Michael Dauderstädt  
Forschungsinstitut